

Boffinische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,25 M Postgebühr), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelssteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Ansatze 15 Pf.] Nr 515

DONNERSTAG, 27. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Erste Zuhlungnahme

Aussprache zwischen Meissner und Brecht

Preußen im Reich

Von
STAATSMINISTER DR. SCHREIBER

Zwischen dem Staatssekretär Meissner und dem preussischen Ministerialdirektor Brecht hat gestern nachmittag eine Aussprache stattgefunden. Sie galt in erster Linie der Vorbereitung eines Empfangs des Ministerpräsidenten Braun durch den Reichspräsidenten, auf den wir bereits in der gestrigen Abendausgabe hingewiesen haben. Das preussische Kabinett wird am Freitag wieder zusammenzutreten, ebenso wird das Reichskabinett am gleichen Tage eine Sitzung abhalten.

Unzweifelhaft hat sich der Reichskommissar für das Land Preußen, Dr. h. o. allo der Reichsregierung von Papen, an alle preussischen Behörden mit folgendem Erlaß gewandt:

„Die Gesamtschuld der preussischen Beamten gegenüber dem durch die Vererbung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und den von ihm bestellten Vertretern

steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 fest.“

Der Erlaß ist rechtlich unangreifbar; denn wenn der Reichskommissar und seine Vertreter durch das Urteil des Staatsgerichtshofs für berechtigt erklärt wurden, die Befugnisse der preussischen Minister wahrnehmend auszuüben, so versteht es sich von selbst, daß für damit beauftragte der preussischen Beamten gefunden sind. Da das nirgendwo bestritten worden ist und die preussische Regierung, deren außerordentlich maßvolles Auftreten erst gestern wieder durch die Freisetzung des Ministerpräsidenten Braun gekennzeichnet wurde, gar nicht daran denkt, die preussischen Beamten in einen Konflikt der Pflichten zu bringen, ist die Notwendigkeit dieses Erlasses um so zweifelhafter. Man hat den Eindruck, als sei es die Seite der obdanklichen Schmeicheleien fort, zu denen die Reichsregierung im Augenblick doch wahrscheinlich keinen Anlaß hat.

Dr. Walter Schreiber hat als preussischer Minister für Handel und Gewerbe politische und wirtschaftliche Erfahrungen gesammelt, die seiner Kenntnis der Reichsregierung gemäß den Groß-Berliner Wahlkreisen nicht nur bei den Angehörigen der Staatspartei gutgeschrieben werden können. Seine Vorschläge für die Reichsreform haben angesichts der durch die Leipziger Entscheidung geschaffenen Situation besondere Bedeutung.

Kein Zweifel, daß das Verhältnis zwischen Reich und Ländern bisher nicht in befriedigender Weise abgegrenzt ist und grundlegenden Änderungen bedarf. Das Nebeneinander zweier getrennter Regierungen von Reich und Preußen und entsprechender selbständiger Parlamente in Berlin hat sich als ein Ding der Unmöglichkeit erwiesen. Diese Unmöglichkeit liegt nicht darin, daß das Land Preußen dem Reich besondere Schwierigkeiten gemacht hätte. Gewiß haben nicht selten zwischen den beiden Seiten der Willensstraße Meinungsverschiedenheiten bestanden, aber die preussischen Regierungen haben sich in all den schweren Jahren redlich bemüht, in ständigen Fragen mit der Reichsregierung zu einer Verständigung zu gelangen und der Reichspolitik die Wege nicht zu erschweren. Sie haben stets die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten geschützt und auf den der Reichsführung überlassenen Gebieten häufig trotz schwerer Bedenken, davon abgesehen, eine eigene preussische Politik durchzuführen. Die Unmöglichkeit des bisherigen Nebeneinanders liegt in der Sache selbst begründet. Die Festhaltung dieses Dualismus ist deshalb dringendes Gebot. Rapens unglückliche und falsche Methode, ein richtiges Ziel zu verfolgen, darf uns nicht abhalten, mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß die tatsächlich bestehende Mängel so schnell wie möglich, eventuell unter Zuhilfenahme des Volksentscheides, beseitigt werden. Oberstes Ziel der Reform muß dabei sein, die Schlagkraft der zentralen preussischen Verwaltung ungehindert in die Hand des Reiches zu überführen und die Herrschaft des Reiches zu verhängen. Die Verhängung des Reiches zu verhindern, wie man in verhängnisvoller Fehlsicht, würde man den Zusammenhang der gut arbeitenden preussischen Verwaltung zerstören, indem man auf dem bisherigen preussischen Gebiet eine Provinzialverwaltung organisiert, deren Befugnisse denjenigen der bisherigen Länder angepaßt werden. Dadurch würde man nur den Souveränitätsbündel dieser Verwaltungsgebiete aufheben, der nicht weniger gefährlich ist als derjenige der ehemaligen Fürstentümer und wir würden Gefahr laufen, daß der parlamentarische Gedanke neuen Aufschwung gewinnt und einer geschlossenen Reichsführung weit größere Schwierigkeiten bereitet, als es diejenige sind, die sich aus dem Nebeneinander von Reich und Preußen zur Zeit ergeben.

Wie früher das Reich von Preußen aus regiert worden ist, wird in Zukunft Preußen vom Reich aus zu verwalten sein. Das ist eine Forderung für unser Land, sondern die natürliche Fortentwicklung des Gedankens der deutschen Einheit. Freilich wäre es ein unerträgliches Gebot, wenn man etwa Preußen, das in Verfassung und Gebot die besten Beispiele für Einheit und Einheitsbewusstsein hat, zum Reich abspalten möchte und es in mehrere Teile zerlegen wollte, die keinen Reichscharakter und Norddeutschland aber, die in Wahrheit seine Lebensfähigkeit befehlen und einen wohlorganisierten Verwaltungsaufbau führen, am Leben erhalten würde.

Die gleichzeitige Eingliederung dieser kleinen Länder in die dem Reich nach unmittelbar unterstehende Zentralverwaltung des bisherigen Preußen ist vielmehr unbedingtes Gebot. Sie würde zu einer verhängnisvollen Neugliederung der Verwaltungseinheiten mit erheblicher Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung führen.

Die landesherrlichen Besonderheiten der einzelnen deutschen Verwaltungseinheiten und Länder sollten bei dieser Reform in einem erweiterten und mit dem Reichswirtschaftsrat verbundenen Reichsrat zu gebührender Geltung kommen. Die Schaffung eines solchen Reichsrats wäre eine wertvolle Ergänzung der aus unmittelbaren Wahlen hervorgehenden Volksvertretung und würde dem Beispiel aller anderen neuzeitlichen Demokratien der Welt folgen.

Es ist erfreulich, daß der Bund zur Erneuerung des Reiches und der Verfassungsausschuß der Bundesversammlung wertvolle Vorschläge zur Durchführung einer solchen Reform geäußert haben. Hinter dieser Forderung so einfachen Reform

Zur Zusammenarbeit bereit

Ministerpräsident Braun erläutert den Standpunkt der Preussischen Regierung

Ministerpräsident Otto Braun ist gestern nachmittag vor die Öffentlichkeit getreten. Am Wohlfahrtsministerium, in dem die Preussische Regierung zur Zeit noch haust, fand ein Presseempfang statt, zu dem auch die Minister Sirchieff und die Ministerialdirektoren Brecht und Wadt erschienen. Nachdem Dr. Brecht noch einmal eine Interpretation der Leipziger Urteilsbegründung gegeben hatte, legte der Ministerpräsident seine Auffassung über die Rechtslage und die sich daraus ergebenden praktischen Konsequenzen dar.

Dieser erste öffentliche Rundgang Brauns entsprach vollkommen der maßvollen Haltung, die die Preussische Regierung während des ganzen Konflikts bewahrt hat. Es wäre menschlich zu verstehen gewesen, hätte er auf die neuen Reaktionen von der Gegenseite entsprechend erwidert. Aber es fiel nicht ein schweres Wort. Braun sprach, wie man ihn von je zu hören gewohnt war: zurückhaltend, sachlich, ohne jede Gehe. Nur gelegentlich im ironischen Beifang spürte man die persönliche Beteiligung.

Soziale Durchführung

Einige allgemeine sehr abgemessene Bemerkungen zu Beginn: es liegt in der Natur der Sache, daß beide Parteien nicht voll befriedigt seien. Zwar habe die Reichsregierung am Tag der Urteilsverkündung etwas vorzeitig verurteilt, daß sie den Prozeß gewonnen habe. Er selbst sei nicht so genaugen. Zeit verlange das Interesse des Landes, daß man sich auf den Rechtsboden stelle und an einer langen Durchführung des Urteils mitarbeite. Durch die Freilassung des Staatsgerichtshofs, das keine Verhängnisverteilung der preussischen Regierung verleihe, sei die Atmosphäre gereinigt. Wenn man auf der Gegenseite davon spreche, daß durch den Leipziger Spruch Verwirrung entstanden sei, so lasse sich darauf nur erwidern, daß nicht das Urteil, sondern die Verordnung vom 20. Juli dazu geführt habe.

Im übrigen ging Braun auf die politischen Voraussetzungen des Prozesses nicht weiter ein. Er warf nur kurz die Frage auf, ob der Reichspräsident nicht besser daran getan hätte, nach fehlendem Brauch mit ihm die Lage durchzuführen. Er hat eine so durchgehende Maßnahme ohne jeden Versuch persönlicher Fühlensnahme zu treffen.

Der jüngste Reichsteil erklärte Braun folgendes: Die Landesregierung ist das weiterhin zu Recht bestehende alte Staatsministerium, dessen Befugnisse durch den schon früher erklärten Akt nicht im geringsten eingeschränkt worden sind. Es muß jedoch die Tatsache führen, bis ein anderes Ministerium an seine Stelle tritt. „Nichts wäre mir lieber, als wenn der Landtag endlich seine Pflicht erfüllte und einen Ministerpräsidenten wählte.“

Die Gewaltenteilung, die der Leipziger Spruch vordrückt, lasse sich gewiß in der Praxis nur schwer durchführen. Wer verläßt die Grenze, wenn die Landesregierung die Verwaltungsangelegenheiten zu vertreten hat, die Verwaltungsangelegenheiten aber in der Hand des Reichskommissars sind? Eine Lösung sei nur denkbar, wenn auf beiden Seiten Englichkeit und guter Wille bestünde. Das Staatsministerium sei

einschließlich, von keiner Seite nichts gefahren zu lassen, was die Regelung des Verhältnisses erfordern könnte. So sei aus davon überzeugt, entgegen den Freilegungen von der Gegenseite, daß die Reichsregierung das Urteil respektierte und sich um einen Ausgleich bemühe.

Praktische Beispiele

Die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit illustriert Braun durch einige Beispiele. Wenn die Staatsregierung dem Landtag, mit dem nur sie zu verfahren habe, kleine Anfragen beantworten müßte, so sei dies ohne Attenzinsicht unmöglich. Auch ihre verfassungsmäßige Verpflichtung, dem Landtag Einblick in die laufenden Geschäfte zu geben, könne sie nur auf Grund ständiger Informationen wahrnehmen. Die gleiche Voraussetzung gelte für die Verarbeitung der Reichsentscheidungen. Es müßte also ein Weg aus der reibungslosen Zusammenarbeit gefunden werden. Man stehe aber vor der Frage, ob dies bei dem gegenwärtigen Zustand überhaupt möglich sei.

In diesem Zusammenhang gab Braun einige Andeutungen darüber, welche Regelungen die Preussische Regierung als allein brauchbare Lösung anstrebt. Nach dem logischen Sinn der Verordnung, die auf Grund des Leipziger Spruchs in nur einer Wohnung zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung darsiehe, seien die Befugnisse des Reichskommissars zeitlich und materiell begrenzt. Die Reichsregierung müsse sich selbst die Frage stellen, ob sie nach weiteren Befugnissen im bisherigen Umfang handhabe. Was für Beispiele aus dem Landtagschloßminister die Zuständigkeit für Weinbergdomänen und Gutsververwaltung entgegen sein, wogü dem Landesminister die Porzellanmanufaktur und das Eisenwerk? Sei es wirklich notwendig, ihm selbst die Archivverwaltung mit Allen aus der Zeit des Großen Kurfürsten aus der Hand zu nehmen, um die Ruhe und Ordnung in Preußen zu sichern? Die Reichsregierung werde hier ernsthaft prüfen müssen, ob dieser Zustand aufrechterhalten sei.

Ein Vorschlag zur Güte

Braun schloß mit einer Bemerkung zur Reichsreform. Man hier sehr viel, die Meinung, daß Preußen und Reich auf dem besten Weg zu einer zentralen Zusammenfassung seien. Er selbst habe während seiner ganzen Amtszeit als Ministerpräsident auf gegenseitiges Einverständnis hingewirkt, trotz aller Schwierigkeiten, die sich durch den ständigen Wechsel der Koalitionsverbände im Reich immer wieder ergaben. Aber dieser Weg einer gewaltlosen Reichsreform sei für eine Reform denkbar ungeeignet. Es gebe nur eine Möglichkeit, sich einmal an den Verhandlungstisch zu setzen, um eine vernünftige Zusammenfassung der preussischen und Reichsministerien zu erreichen. Auch in der gegenwärtigen Situation würde eine direkte Aussprache der notwendigen sachlichen Zusammenarbeit am meisten nützen.